

## NICARAGUA

### Drakonisches Urteil gegen mutigen Bischof Álvarez

Zum „Gefangenen des Monats März 2023“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die evangelische Nachrichtenagentur IDEA den katholischen Bischof Rolando José Álvarez Lagos von Matagalpa benannt. Am 10. Februar 2023 verurteilte ihn ein nicaraguanisches Gericht zu 26 Jahren und vier Monaten Gefängnis. Hinzu kamen noch eine Geldstrafe und die Aussetzung seiner Rechte als Staatsbürger auf Lebenszeit. Das drakonische Urteil erfolgte wegen „Ungehorsams und Untergrabung der nationalen Integrität“. Einen Tag zuvor hatte der sozialistische Präsident Ortega den Bischof in einer öffentlichen Rede geschmäht. Der katholische Würdenträger hatte es zuvor als seine pastorale Pflicht angesehen, staatliches Unrecht anzuprangern und Partei für die Verfolgten zu ergreifen. Mitte Mai vorigen Jahres war er bereits aus Protest in einen Hungerstreik getreten.

#### Musterbrief

An den Präsidenten  
Daniel Ortega  
c/o Botschaft der Republik Nicaragua  
Saatwinkler Damm 11-12  
10775 Berlin  
Fax +40 30 2064 38 16

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Verurteilung von Bischof Rolando José Álvarez Lagos von Matagalpa am 10. Februar 2023 zu 26 Jahren und vier Monaten Gefängnis, auch noch zuzüglich einer Geldstrafe und der Aussetzung seiner Rechte als Staatsbürger auf Lebenszeit, hat viele Menschen weltweit schockiert. Ich schließe mich der Sorge um den Geistlichen an. Bischof Álvarez hat friedlich von dem Recht Gebrauch gemacht, seine Stimme gegen Ungerechtigkeit zu erheben. Als religiöser Würdenträger sah er sich zu diesen Appellen verpflichtet.

Die Republik Nicaragua ist Vertragsstaat der Amerikanischen Menschenrechtskonvention, die in Artikel 12 die Gewissens- und Religionsfreiheit garantiert, sowie seit 1980 auch des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, der das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (Artikel 18) und das Recht auf unbehinderte Meinungsfreiheit (Artikel 19) miteinschließt. Daher bitte ich Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um diesen Bischof sowie andere Geistliche seiner Kirche freizulassen. Bitte ermöglichen Sie auch den Zugang zu Informationen über seine Haftsituation

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:  
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: DIOCESES DE MATAGALPA

Die katholische Kirche bemühte sich zu Beginn der politischen Krise seit 2018 um Vermittlung zwischen Regime und Opposition. Mit der Zeit wurde sie selbst zur Zielscheibe staatlicher Repressalien. Es folgten Zwangsschließungen, Brandschatzungen, Störungen von Gottesdiensten oder Polizeikontrollen im Vorfeld sowie Drohungen gegen Gläubige. Der 56-jährige Bischof von Matagalpa wurde voriges Jahr unter Hausarrest gestellt, am 19. August 2022 schließlich festgenommen und unter Bewachung bei Angehörigen nahe der Hauptstadt Managua eingesperrt. Inzwischen soll er sich in Isolationshaft befinden. Bischof Álvarez hatte sich zuvor geweigert, Nicaragua zu verlassen und ins Exil in die Vereinigten Staaten zu gehen.

## BOLIVIEN

### Nach Friedensvermittlung gilt Kirche als „verdächtig“

In Bolivien sollen zehn Bischöfe zu ihrer politischen Rolle im Vorfeld des erzwungenen Rücktritts des damaligen Präsidenten Evo Morales vernommen werden. Das hat Mitte Februar der Generalstaatsanwalt angeordnet. Im Jahr 2016 war die unbegrenzte Wiederwahl des Präsidenten in einer Volksabstimmung von der Mehrheit abgelehnt worden. Als Morales 2019 zum vierten Mal für das höchste Staatsamt kandidierte, kam es zu einer umstrittenen Wiederwahl, die Proteste und Streiks nach sich zog. Morales floh ins Ausland und kehrte nach einem erneuten Sieg seiner Partei zurück. Bei den Präsi-

dentschaftswahlen im Oktober 2020 gewann der Kandidat der linksgerichteten Partei MAS (Movimiento al Socialismo), Luis Arce, einst Finanz- und Wirtschaftsminister unter Morales. Bei der Aufarbeitung der Vorgänge von 2019 ist nun die Kirche in den Fokus gerückt, nachdem Bischöfe damals als Friedensvermittler auftraten.

Der Erzbischof von La Paz, Percy Galván, wertete die Vorladung im Zusammenhang mit Staatsstreich-Vorwürfen als Einschüchterungsversuch. „Wir haben das in Nicaragua gesehen, wo ein Bischof in Haft kam, weil er das Exil nicht auf sich neh-

men wollte.“ Mit diesen Worten aus einem Fernsehinterview wird Erzbischof Galván in Medienberichten zitiert. „Wir sind schon alte Priester. Sie haben uns bedroht und verfolgt. Das ist schon eine lange Geschichte“, so erklärte er den Meldungen zufolge weiter.

Bereits im Jahr 2018 musste der damalige Präsident Morales nach Protesten die geplante Einschränkung der Religionsfreiheit zurücknehmen. In einem Gesetzesentwurf waren religiöse Organisationen mit Terroristen gleichgesetzt worden. Dagegen hatten Christen heftig protestiert – mit Erfolg.

## PAKISTAN

# Verschärfung der Blasphemiegesetze setzt Minderheiten noch stärker unter Druck

Kritische, belustigende oder abfällige Aussagen über Gefährten oder Angehörige des islamischen Propheten Mohammed sollen in Pakistan künftig noch strenger bestraft werden. Die pakistanische Nationalversammlung hat am 17. Januar eine Gesetzesänderung verabschiedet; ihr zufolge sollen entsprechende Straftatbestände mit mindestens zehn Jahren Haft anstatt drei Jahren wie bislang geahndet werden. Die Menschenrechtskommission des Landes nahm die Nachricht über die bevorstehende Verschärfung mit „tiefer Besorgnis“ auf und befürchtet, die bedrängten religiösen Minder-

heiten gerieten so noch mehr unter Druck. Obwohl dies der Verfassung des südasiatischen Staates widerspricht, soll gemäß der Neufassung auch das Recht, nach entsprechender gerichtlicher Prüfung gegen Kautio frei zu kommen, aufgehoben werden.

Die IGFM sorgt sich vor dem Hintergrund der neuerlichen Gesetzesänderung konkret um den inhaftierten pakistanischen Christen Zafar Bhatti. Ohne bereits in Kraft getreten zu sein, entfalte das Gesetz möglicherweise bereits seine Wirkung bei der Entscheidungsfindung des zuständigen Gerichts. Der inzwischen 59-jährige Gründer

einer christlichen Hilfsorganisation wurde am 11. Juli 2012 von dem Vertreter einer radikal-islamischen Gruppe angezeigt, in einer Kurznachricht per Mobiltelefon die Mutter des Propheten Mohammed beleidigt zu haben. Obwohl ihm dies nach noch immer geltendem Recht höchstens drei Jahre Gefängnis hätte einbringen können, wurde am 3. Januar 2022 in zweiter Instanz vom Gericht in Rawalpindi die Todesstrafe angeordnet. Die IGFM befürchtet, dass an Bhatti ein Exempel statuiert werden soll, zumal er in der langjährigen Haft schon misshandelt und mit dem Tode bedroht wurde.

**Sunny Waqas frei:** Der pakistanische Christ Sunny Waqas, „Gefangener des Monats Mai 2020“, ist am 3. Februar gegen Kautio aus der Haft entlassen worden. Das zuständige Gericht, der High Court von Bahawalpur (Provinz Punjab), hatte am 17. Januar einen entsprechenden Beschluss gefasst. Das Gericht verlangte als Kautio, eine Hypothek im Gegenwert von umgerechnet rund 13.500 Euro aufzunehmen, wofür sofort ein Zins von mehr als 2.000 Euro

fällig wurde. Islamisten bedrohten die Verteidigung; andere Anwälte griffen einen der Verteidiger im Gerichtsgebäude sogar tödlich an. Der Student war am 29. Juni 2019 verhaftet worden, als er Cricket spielte. Einige Tage zuvor hatte es einen Streit mit Mitspielern gegeben. Wie sich später herausstellte, zeigte einer von ihnen den Christen wegen angeblicher Beleidigung des islamischen Propheten Mohammed an, was in Pakistan mit der Todesstrafe geahndet wird.

## IRAN

# Ehrung für verfolgte christliche Iranerin

Für ihren außergewöhnlichen Einsatz möchte die Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen die christliche Bürgerrechtlerin Fatemeh Mary Mohammadi aus dem Iran bei einem abendlichen Festakt am 22. April am Rande der IGFM-Jahresversammlung mit dem diesjährigen Stephanuspreis ehren. Die 24-Jährige gilt als „mutigste Christin“ ihrer Heimat. Nach dem Abschuss des Ukraine-International-Airlines-Flug 752 durch eine iranische Flugabwehrrakete, den die Verantwortlichen drei Tage lang leugneten, demonstrierte sie wie Tausende andere gegen die Mullah-



Foto: privat

Diktatur. Sicherheitskräfte griffen auf dem Azadi-Platz in Teheran brutal zu, nahmen Mary fest, misshandelten und erniedrigten sie sexuell. Sie wurde in den berüchtig-

ten Kerkern des Teheraner Terrorregimes festgehalten. Im Alter von 19 Jahren wurde die Konvertitin erstmals bei einem Hauskirkentreffen festgenommen und von November 2017 bis Mai 2018 im berüchtigten Evin-Gefängnis eingesperrt. Am 27. Februar 2020 kam sie gegen Zahlung einer Kautio frei – aber sie befand sich noch nicht außer Gefahr. Wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ drohte eine langjährige Haftstrafe. Die IGFM setzte sich weiter für sie ein, auch im Rahmen ihres Patenschaftsprojekts. Am 21. Februar 2022 gelang ihr die Ausreise in die USA.

**Saheb Fadaei frei:** Der iranische Christ Saheb Fadaei, „Gefangener des Monats März 2019“, ist seit 8. Februar überraschend wieder ein freier Mann. Der Diakon im Hauskirkennetzwerk „Kirche des Iran“ in der nordiranischen Stadt Rascht wurde im Juni 2017 zunächst zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Im Mai 2020 wurde seine Strafe auf sechs Jahre reduziert. Dem gelernten Maler und Dekorateur wurden „Gefährdung der nationalen Sicherheit“, „Propagierung von Hauskirchen“ und die „Förderung des zionistischen Christentums“ angelastet. Am 24. Juli 2018 wurde er ver-

haftet und im berüchtigten Evin-Gefängnis (Teheran) eingesperrt. Am 15. November 2020 wurde die grausame Strafe von 80 Peitschenhieben wegen des Konsums von Wein beim Abendmahl an ihm vollstreckt. Seine Freiheit erlangte er nun bedingungslos im Rahmen einer Generalamnestie anlässlich des diesjährigen Jahrestags der Islamischen Revolution von 1979. Der Bundestagsabgeordnete Thomas Rachel, Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, hatte die politische Patenschaft im Zuge des IGFM-Patenschaftsprojekts übernommen.

**VORANKÜNDIGUNG: Jahrestagung der IGFM – 22./23. April 2023 in Bonn**